

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek Nein! zur Politik - Ja zur Hilfe!

Mitglied im Dachverband
Initiativen
für erfolgreiche
Integration
Hamburg



Hamburg, den 23.02.2016

PRESSEMITTEILUNG

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek begrüßt die Stellungnahmen der Parteien der Bezirksversammlung. Die Mehrheit der Bezirksversammlung lehnt die Unterkunftgröße von 3.000 Plätzen ab. Dies ist ein starkes Zeichen des Bezirkes für eine kleinere Unterkunft in Neugraben-Fischbek

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe! begrüßt die abgegebenen Stellungnahmen der Bezirksversammlung im Rahmen des Anhörungsverfahrens der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) (Drs. 20-1241). Eine Mehrheit der in der Bezirksversammlung vertretenen Parteien hat sich dabei klar gegen die Größe von 3.000 Plätzen für die Unterkunft am Aschenland II ausgesprochen. Einzig die SPD stimmt der Unterkunft grundsätzlich zu. Einstimmig wurden zudem von allen Parteien infrastrukturelle Maßnahmen gefordert, um die Integration für jedwede Unterbringungsgröße zu gewährleisten.

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek hatte in ihren Veröffentlichungen diese Problematiken fortwährend thematisiert:

- Überforderung der Menschen bei Planungen jenseits von 1.500 Plätzen,
- Überforderung der Infrastruktur in Neugraben-Fischbek,
- fehlende Verteilungsgerechtigkeit in Hamburg,
- fehlende Bürgerbeteiligung.

Die Bürgerinitiative bewertet es positiv, dass ein großer Teil dieser Problematiken Eingang in die Stellungnahmen der Parteien gefunden hat.

Die Positionen der Bezirksfraktionen im Einzelnen:

- Die **FDP** verweist auf die Integrationsbereitschaft der Bürger Neugraben-Fischbeks, die nicht überfordert werden darf. Sie fordert daher, nicht über die Zahl von 1.500 Plätzen für Neugraben-Fischbek hinaus zu gehen sowie die Baufelder 2 und 3 wieder für Wohnungsbau zu verwenden. Sie fordert zudem, dass mit Fertigstellung der Unterkunft auf Baufeld 1 die ZEA Geutensweg geschlossen werden soll. Weiterhin müssen Investitionen in die Jugendarbeit, Kita-Ausbau, Polizei, medizinischer Versorgung und ÖPNV erfolgen.
- Die **neuen Liberalen** lehnen die Unterkunftgröße von 3.000 Plätzen als nicht integrationsfördernd und nicht sozialverträglich ab. Sie fordern, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Anzahl der Plätze auf 1.500 zu beschränken. Es werden zusätzlich verbesserte Rahmenbedingungen für Kinder in den Unterkünften, ein Präsenzdienst für Sicherheitsfragen sowie eine Lö-

sung der medizinischen Versorgungsprobleme gefordert. Zudem ist ein Verteilerschlüssel für Hamburg umzusetzen.

- Die **Grünen** lehnen die Unterkunftsgröße von 3.000 Plätzen ab, da sie die Teilhabe der Flüchtlinge am Leben und die Integrationsarbeit der Helfer gefährdet. Eine Zustimmung wird nur für Baufeld 1 mit max. 800 Plätzen gegeben, sofern die ZEA am Geutensweg geschlossen oder verlegt wird.
- Die **SPD** stimmt der Einrichtung grundsätzlich zu, fordert jedoch eine Neubewertung der Notwendigkeit der Baufelder 2 und 3 vor Baubeginn, sofern sich die Unterbringungsprognosen bis dahin verändert haben. Zusätzlich wird auf eine Umsetzung der Beschlüsse aus Drs. 20-0942 gedrängt. Dabei sind die Befristung auf 10 Jahre sowie eine Stärkung der Infrastruktur benannt.
- Die **CDU** lehnt die Einrichtung in Form des Anhörungsschreibens ab. Sie verweist zudem darauf, dass die Forderungen aus Drs.20-0942, die ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Förderung der Integration beinhaltet, bisher nicht umgesetzt wurden. Zudem lassen die Fachbehörden bisher keine durchgreifende Handlungs- und Lösungsansätze für Infrastruktur erkennen.
- Die **AfD** lehnt die Einrichtung in der geplanten Unterkunftsgröße ab. Sie fordert eine Begrenzung auf 1.500 Plätze, eine Prüfung des Verteilungsschlüssels der BINF, Bürgerbeteiligung sowie ein Sicherheitskonzept für die Unterkünfte. Die Notwendigkeit der Unterkunft sei zudem jährlich zu prüfen.
- Die **LINKE** hat bisher keine schriftliche Stellungnahme abgegeben.

Orga-Mitglied Norbert Höbelt: Die Bürgerinitiative ist sich bewusst, dass die Bezirksversammlung lediglich ein Anhörungsrecht hat. Unabhängig der Stellungnahme kann die BASFI den Bau trotzdem einleiten. Dass eine Mehrheit der Bezirksversammlung nun klar gegen die Unterkunftshöhe votiert, ist jedoch ein deutliches Zeichen. Wir fordern die BASFI auf, sich diesem Votum zu beugen und von einer Bebauung jenseits der 1.500 Plätze in Neugraben-Fischbek abzusehen. Dazu gehört, dass sofort die Planungen für Baufelder 2 und 3 der Unterkunft am Aschenland eingestellt werden. Die dafür angedachte Ausschreibung ist zu stoppen und die Baufelder wieder dem dringend notwendigen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

Orga-Mitglied Ute Skolinski: Wir begrüßen zudem, dass die Fragen der Infrastruktur in jeder Stellungnahme angesprochen wurden. Wir haben darauf bereits seit Beginn der Planungen hingewiesen und diese Probleme sowohl den Bürgern als auch Politik und Verwaltung gegenüber öffentlich angesprochen. Die bisher vorgelegten Möglichkeiten zeigen nur, dass eine Platzzahl jenseits von 1.500 Menschen für die Infrastruktur in Neugraben-Fischbek nicht verkraftbar ist. Vor dem Hintergrund der neuen Baugebiete hört diese Arbeit jedoch nicht auf. Gerade bei der medizinischen Versorgung, aber auch der sozialen Infrastruktur steht Neugraben-Fischbek vor gewaltigen Herausforderungen. Die Bürgerinitiative wird diese auch zukünftig begleiten.

Orga-Mitglied Sven Blum: Die Bürgerinitiative drängt weiterhin auf die verbindliche Einführung eines Verteilerschlüssels in ganz Hamburg. Diese wurde von einigen Parteien bereits mit aufgegriffen. Der von der BINF vorgelegte Schlüssel kann, muss aber nicht die Basis für einen solchen Schlüssel sein. Die BINF hat ihre Daten dazu komplett auf <http://binf-online.jimdo.com/verteilungsmodell/> offengelegt und das Modell zur Weiterentwicklung frei gegeben. Da in Interviews bereits der erste Bürgermeister Olaf Scholz eine Kenntnis des Modells zugegeben hat, ist es nur legitim zu

fordern, dass auch Experten des zentralen Koordinierungsstabes Flüchtlinge sich damit beschäftigen.

Orga-Mitglied Jan Greve: Die Stellungen der Parteien zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die Forderungen der Bürgerinitiative und der Mehrheit der in der Bezirksversammlung Harburg vertretenen Parteien sind nahezu deckungsgleich. Das gibt nun auch Rückhalt für die Gespräche, die die Bürgerinitiative mit den Fraktionen aus der Bürgerschaft Hamburg führt. Die BINF hat sich dort neben der Forderung nach einer Obergrenze von 1.500 Plätzen auf eine Aufgabe der Baufelder 2 und 3, eines verbindlichen Belegungsmanagements für Neubauten und der Förderung von infrastrukturellen Maßnahmen positioniert. Die Gespräche werden im März fortgesetzt.

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek hält an Ihren Forderungen fest:

1. verbindliche Obergrenze von 1.500 Flüchtlingen für Neugraben-Fischbek
2. faire Verteilung der Flüchtlinge auf alle 104 Hamburger Stadtteile
3. Dialog zwischen Bürgern und Politik zur Gestaltung der Flüchtlingsunterbringung.

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe!

Pressekontakt: Jan Greve

Email: mitmachen@binf-online.de

Web: www.binf-online.de

Facebook: Bürgerinitiative Neugraben Fischbek NEIN! zur Politik - JA zur Hilfe!

Twitter: BI NeugrabenFischbek

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe! wurde im Anschluss an eine Informationsveranstaltung zur geplanten Großunterkunft in Neugraben Fischbek am 23.09.2015 gegründet. Die Bürgerinitiative hat eine machbare und nachhaltige Integration zum Ziel und lehnt Großunterkünfte als nicht integrierbar ab. Die Bürgerinitiative fordert eine Höchstgrenze von 1.500 Flüchtlingen für Neugraben-Fischbek und bietet damit gegenüber den Planungen für Gesamt-Hamburg eine fast doppelt so hohe Integrationsleistung an. Die Bürgerinitiative hat einen Vorschlag für eine faire Verteilung auf alle Stadtteile vorgelegt.